

Liebe Darmstädter Bürgerinnen und Bürger!

Mit diesem Informationsblatt möchten wir, die AfD-Fraktion im Stadtparlament von Darmstadt, gern wieder einmal von unserer Arbeit berichten. Und zwar über Themen, die wir für Darmstadt in den letzten ein bis zwei Jahren bearbeitet haben und die uns für eine bessere Zukunft wichtig erscheinen. Da am 26. Mai 2019 die Europawahl ansteht, wollen wir uns zum Teil auf Themen aus unserer Arbeit im Stadtparlament konzentrieren, die mit dem Einfluss der EU und des Europaparlaments zu tun haben. Wenn wir demnächst mit neuen AfD-Abgeordneten zahlreiche Ansprechpartner im Europaparlament haben werden, wird sich das auf mehreren Feldern sehr positiv auf die Lebensverhältnisse in der Stadt Darmstadt auswirken. Hier einige Beispiele:

Das Dieselfahrverbot vermeiden durch anderen Umweltschutz

Die AfD-Fraktion hat sich im Stadtparlament intensiv dafür eingesetzt, dass dieses übereilte Verbot nicht kommen wird. Denn es ist unnötig, wie andere Städte, zum Beispiel Wiesbaden, zeigen; sie haben dieses Verbot abgewendet.

Das Europäische Parlament hat durch töricht **niedrige Grenzwerte**, denen die deutschen etablierten Parteien zugestimmt haben, dieses Dieselfahrverbot überhaupt erst möglich gemacht. Und das Verbot entwertet unnötigerweise die Diesel-Fahrzeuge von zehntausenden Darmstädter Bürgern. Viele von Ihnen können sich sicherlich nicht einfach ein neues Ersatzauto kaufen.



Wir von der AfD-Fraktion werden uns mit Beispielen aus Darmstadt bei unseren Kandidaten für das nächste Europaparlament dafür einsetzen, Übergangsregelungen zu erwirken, sodass das Dieselfahrverbot abgewendet und Verluste für Diesel-Fahrzeuge in Darmstadt vermieden werden. Mit Vorschlägen wie **umfassende Fassadenbegrünung** haben wir uns schon früh für bessere Luft eingesetzt. Aber die Stadtregierung setzt das nur sehr zögernd um.

Zuwanderung stoppen und Mietanstieg bremsen

Die AfD-Fraktion Darmstadt meint: Darmstadt mit seiner grün-schwarz-roten Mehrheitsmeinung hat es heftig übertrieben mit der unbedachten, grenzenlosen Aufnahme von Neu-Zuwanderern aus kulturfremden Ländern. Unsere Fraktion hat oft in Anfragen und Anträgen vor den negativen Folgen gewarnt - leider vergebens.



Die **stark gestiegenen Mietpreise** für die Darmstädter haben eine Hauptursache: Die vielen Wohnungen, die in den letzten 4 Jahren für rund 4.000 Zuwanderer von der Stadt angemietet

Und zwar auf Kosten der Darmstädter, die schon länger hier wohnen. Erstens müssen sie - vor allem für die Neueinwanderer - **überhöhte Steuern und Abgaben** zahlen; und zweitens auch noch rasch steigende Mieten in Kauf nehmen.

Beides könnte wieder sinken, wenn die Stadtverwaltung zahlreiche Neuzuwanderer, die nicht das geringste Recht auf dauersubventionierte Bleibe in Deutschland haben, mit **geeigneten Rückkehr-Angeboten** wieder in ihre Heimatländer zurückführen würde.

Denn jeder einzelne Neuzuwanderer – und das wird auch Darmstadt gern verschwiegen - kostet nach Berechnungen des Ökonomen Prof. Raffelhüschen **im Durchschnitt mindestens rund 360.000 Euro**, wenn er ein Leben lang in Deutschland bleibt. Thilo Sarrazin ist der Überzeugung, dass diese Kosten sogar doppelt so hoch sind.

Weniger Steuern und Abgaben zahlen

Darmstadt ist eine der höchstverschuldeten Städte in Deutschland und wird in Zukunft weniger Geld vom Bund und vom Land Hessen erhalten. Unsere Stadt könnte aber in Zukunft wesentlich größere Zuweisungen vom Bund z.B. für eine **verbesserte Verkehrs-Infrastruktur (Stadtumfahrung)** und eine bessere Berufsausbildung für zukünftige Handwerker und andere Fachkräfte erhalten; und zwar dann, wenn in Zukunft nicht länger über die EU und EZB **Multi-Milliarden-Euro nach Südeuropa verschoben** würden.

Daran ist die Fehlkonstruktion des derzeitigen Euro schuld. Darauf haben wir von der AfD-Fraktion Darmstadt schon früh im Stadtparlament hingewiesen; und wir werden uns mit unseren zukünftigen Kollegen und befreundeten Parteien im Europaparlament noch intensiver dafür einsetzen.

Mehr Gerechtigkeit bei Sozialleistungen schaffen

Aufgrund der sehr hohen Ausgaben für die Zuwanderer und der gewaltigen, unverantwortlichen Kostenüberschreitungen bei Großprojekten in Darmstadt, wie z.B. Lichtwiesenbahn, Nordbad und Berufsschulzentrum, fehlt das Geld für die wirklich bedürftigen Bürger, „die schon länger hier leben“: beispielsweise Obdachlose, arme Rentner und alleinerziehende Mütter.



Die grün-schwarz geführte Stadtregierung hat trotz mehrfacher Anfragen der AfD-Fraktion noch niemals Zahlen für die in Darmstadt lebenden Zuwanderer offengelegt, was die vielen unberechtigt hier lebenden und bereits abgelehnten Asylbewerber Darmstadt kosten.

Diese Zahlen sind – das zeigen andere Städte - **wesentlich höher als das, was für die Bedürftigen in Darmstadt ausgegeben wird.**

Kriminalität reduzieren

Die AfD-Fraktion in Darmstadt hat seit langem davor gewarnt, dass **die Kriminalität und das Gefühl der Unsicherheit in der Stadt zu groß geworden** sind, die Polizei aber zu wenig dagegen tun kann. Ein Beispiel sind die Krawalle von Jugendlichen im Herrngarten, die nur mit größtem Polizeiaufgebot abgewehrt werden konnten, aber dann mit läppischen Strafen durch die Gerichte geahndet wurden. Dazu kommt, dass viele Gefängnisse überfüllt sind und Straftäter frei herumlaufen.



Die etablierten Parteien wollen darüber im Darmstädter Stadtparlament nicht einmal angemessen diskutieren.